

NACHRICHTEN

Putin auf Merckels Schloss

Deutsch-russischer Abgleich der Interessen, doch noch lange kein »Pakt Meseberg«

Ungarn: Asylsuchende in Transitzonen hungern

Budapest. In Ungarn werden Asylsuchende einer Menschenrechtsorganisation zufolge durch Nahrungsentzug dazu gedrängt, auf ihren Asylantrag zu verzichten. Die Maßnahme treffe jene Flüchtlinge, deren Antrag in erster Instanz abgelehnt wurde und die dagegen Berufung einlegen, erklärte am Freitag das Ungarische Helsinki-Komitee in Budapest. Diese Personen würden in den geschlossenen Transitzonen an der ungarisch-serbischen Grenze untergebracht. *dpa/nd*

Pakistan: Khan neuer Ministerpräsidenten

Islamabad. Der politische Außen-seiter Imran Khan ist neuer Regierungschef von Pakistan. Der 65-Jährige wurde am Freitag vom Parlament in Islamabad zum Ministerpräsidenten gewählt. Der Ex-Cricketspieler hatte mit seiner populistischen Anti-Korruptions-Partei Pakistan Tehreek-e-Insaf (PTI) die Abstimmung über eine neue Volksversammlung im Juli gewonnen. *epd/nd*

Spanien gedenkt der Terroropfer in Katalonien

Barcelona. Mit einer Zeremonie hat Spanien der Opfer der Anschläge in Katalonien vor einem Jahr gedacht. An der Gedenkfeier in Barcelona nahmen am Freitag neben Angehörigen und Trauernden auch der spanische Regierungschef Pedro Sánchez und König Felipe VI. teil. Bei den Anschlägen in Barcelona und Cambrils waren 16 Menschen getötet worden. Katalanische Unabhängigkeitsbefürworter protestierten gegen den König. *AFP/nd*

Vatikan bestürzt über Kindesmissbrauch in USA

Rom. Der Vatikan hat sich bestürzt über Berichte von Kindesmissbrauch durch Priester in den USA geäußert. Zu diesem Bericht aus Pennsylvania, nach dem sich über 300 Priester in den vergangenen 70 Jahren an Tausenden Kindern vergangen haben, gebe es lediglich zwei Worte: »Scham und Bedauern«, hieß es am Donnerstagabend. Die Missbrauchsfälle seien »kriminell und moralisch verwerflich«. *dpa/nd*

Minderheitsregierung in Slowenien

Ljubljana. Das Euro- und NATO-Land Slowenien erhält eine Minderheitsregierung. Das Parlament in Ljubljana gab dem Politneuling Marjan Sarec am Freitag grünes Licht, sein Kabinett zu bilden. Die Regierung wird von fünf Mitte-Links-Parteien gebildet, die zusammen auf 43 der 90 Abgeordneten in der Volksvertretung kommen. Die Linke stützt mit ihren neun Sitzen die Regierung, so dass eine klare Mehrheit von 52 Parlamentariern erreicht wird. *dpa/nd*

Die deutsche Kanzlerin empfängt Russlands Präsidenten im Zeichen einer vorsichtigen Rückkehr zur Sachlichkeit.

Von Klaus Joachim Herrmann

Ein edler Blumenstrauß, wie er ihn als Gastgeber erst Anfang Mai in Sotschi Kanzlerin Angela Merkel zur Begrüßung überreichte, dürfte Russlands Präsident an diesem Samstag nicht erwarten. Dies weniger, weil er ein Mann ist und solches diesem Geschlecht gegenüber bei derartigen Anlässen nicht Brauch, sondern mehr offiziell anhaltender Verstimmung wegen. Bereits etwas Herzlichkeit würde politisch und medial lange gepflegte Feindseligkeit gegenüber Wladimir Putin nur befeuern. Es reicht manchen seiner unerbittlichen Kritiker schon, dass er bei der Anreise aus Moskau einen privaten Zwischenstopp als Hochzeitsgast in der österreichischen Steiermark einlegt.

Er folge einer Einladung der Braut Karin Kneissl, wie der Kreml bestätigte. Sie ist parteilos, doch Außenministerin auf Ticket der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei (FPÖ). Diese regiert seit Dezember in Österreich als Juniorpartnerin mit der konservativen ÖVP von Kanzler Sebastian Kurz. Der kommt nun auch zur Trauung. Der Wiener »Standard« sprach gar von »Liebesgrüßen aus Moskau« und einem »Gunstbeweis, mit dem die russlandfreundliche Politik der Regierung honoriert wird«. Der festliche Anlass, der Einsatz für die Aufhebung antirussischer EU-Sanktionen und die ausbleibende Kritik an der Übernahme der Krim dürften Putins Stimmung heben.

Solches Entgegenkommen wird sich Berlin nach aller bisheriger Bekundung nicht leisten. Hier sind erste Minen gefragt, allenfalls diplomatische Höflichkeit, bevorzugt demonstrative Sachlichkeit. Die beiden Spitzenakteure, die sich auf Schloss Meseberg am Abend treffen, können das – und haben grundsätzliche Differenzen. So wird Kanzlerin Merkel nicht müde in ihrem Einsatz gegen die Aufhebung von Sanktionen gegen Russland wegen Verstößen gegen Minsk 2.

Kiewer Ignoranz für eben dieses Abkommen hin oder her, unterstützt



Ein Blumenstrauß für Kanzlerin Merkel im Mai in Sotschi

Foto: dpa/Sergey Guneev

Berlin konsequent die dortige Führung. Doch klagt vorsorglich die Agentur »Charkow«: »Deutschland verrät die Interessen der Ukraine.« Das befürchtete man dort noch vor jedem deutsch-russischen Gipfel – bislang stets zu Unrecht. Immerhin könnte eine Mission der Vereinten Nationen zur Sicherung des Friedensprozesses wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die russisch-deutsche Gaspipeline Nord Stream 2, die besonders von Kiew und Washington aggressiv bekämpft wird, würden die Gesprächspartner gern aus der Debatte nehmen. Merkel hat der transatlantischen Führungsmacht im Kern nicht nachgegeben. Putin wird mit der Versicherung fortgesetzter Transitdienste der Ukraine entgegenkommen.

Einer Entschärfung der Syrien-Krise dürften Gespräche des Außenmin-

isters Sergej Lawrow und des Generalstabschefs Waleri Gerassimow, für den mal kurz die Einreiseperrre außer Kraft gesetzt wurde, mit Merkel und Außenminister Heiko Maas Ende Juli im Kanzleramt gedient haben. Russische Militärpolizei sicherte Israel zu, die Pufferzone auf den syrischen Golanhöhen solange zu kontrollieren, bis UN-Blauhelmsoldaten wieder die Waffenruhe mit Syrien überwachen können. Das Zeichen gilt besonders der iranischen Führung in Teheran.

Zunehmend scheint wieder etwas vorsichtiger Pragmatismus in die deutsch-russischen Beziehungen vorzudringen. Dies geschieht ganz sicher zum Ärger der antirussischen Grünen-Spitzen Annalena Baerbock und Robert Habeck. Deren Europa-Abgeordnete Rebecca Harms hatte sogar einen Boykott der Fußball-WM gefordert.

Die CDU-Spitzenfrau Ursula von der Leyen provozierte den russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu zu einer ungewöhnlichen Reaktion. Dieser empfahl der deutschen Amtskollegin, die für einen »harten Russland-Kurs« eingetreten war, am Dienstag in einem TV-Interview einen Blick in die Geschichte. »Wenn Sie sie nicht lesen, dann fragen Sie Ihre Großväter, was es bedeutet, mit Russland aus einer Position der Stärke zu sprechen.«

Von russisch-deutscher Freundschaft bleiben die bilateralen Beziehungen sicher auch nach dem Treffen auf Schloss Meseberg noch weit entfernt. Zu fest gezurrt sind die transatlantischen Bande. Die Wirtschaftszeitung »Wsgljad« sieht hingegen bereits einen »Pakt Meseberg« gegen die USA. Dazu habe US-Präsident Donald Trump Kanzlerin Merkel gebracht.

Das ist sicher übertrieben und noch lange nicht in Sicht. Vorerst geht es um den Abgleich der gemeinsamen Interessen. Beraten werde der Umgang mit »Beschränkungen und ihren Folgen«, wie Putins Sprecher Dmitri Peskow Sanktionspolitik und Washingtoner Kraftmeierei höflich umschreibt. Gerade tönte Trump bei der Unterzeichnung des Rekord-Militärbudgets: »Wir sind die Mächtigsten, die Bestfinanzierten, die Stärksten und die Schlauesten.«

Eine schlagende Bestätigung für Außenamtschef Lawrow. Der kritisierte bei seinem Türkei-Besuch zu Wochenbeginn unter dem Beifall der Gastgeber das US-Streben, »überall und alle zu dominieren, die Politik zu diktieren, die Musik in Weltangelegenheiten ohne Abstimmung mit irgendetwem zu bestellen«. Das treffe auch Deutschland.

»Schakale« auf den Trümmern von Genua

Politiker in Italien versuchen, mit vollmundigen Ankündigungen aus dem Unglück Kapital zu schlagen

Noch immer steht Italien unter dem Schock des Brückeneinsturzes von Genua mit mindestens 38 Todesopfern. Doch die Spitzenpolitiker des Landes versuchen vor allem, sich damit zu profilieren.

Von Wolf H. Wagner, Florenz

Die offizielle Zahl der bei dem Einsturz der Ponte Morandi am Dienstag ums Leben Gekommenen wird derzeit mit 38 angegeben. Zehn Men-

schen liegen in Krankenhäusern, davon die Hälfte mit schweren Verletzungen in kritischem Zustand. Etwa 20 Menschen werden noch vermisst. Bilder von den Brückenresten zeigen, dass die beiden stehenden Enden stark verschoben sind und weitere Einsturzgefahr besteht. Aus diesem Grunde haben die Behörden die Räumung von elf Wohnhäusern verfügt; 632 Bewohner haben bisher ihr Obdach verloren und mussten ihr Eigentum zurücklassen. Neben Trauer mischt sich zunehmend Wut in die Stimmung der Bevölkerung.

Man vermutet – wohl zu Recht –, dass Korruption, Baupfusch und vielleicht auch kriminelle Machenschaften zum Unglück beigetragen haben. In dieser Situation versuchen sich die aktuell agierenden Politiker zu profilieren und politischen Nutzen aus der Situation zu schlagen. Vizepremier und Arbeitsminister Luigi Di Maio von der Fünf-Sterne-Bewegung warf u.a. dem früheren Ministerpräsidenten Matteo Renzi vor, er habe sich seinen Wahlkampf von der Familie Benetton bezahlen lassen. Benetton ist Hauptaktionär von Atlantia, dem Mutterkonzern von Autostrade per l'Italia, jener Gesellschaft, die die Autobahn bewirtschaftet. Renzi erklärte, keinen Cent von Benetton genommen zu haben, und nannte Di Maio einen »Lügner oder Schakal«. Mit letzterem Ausdruck bezeichnet man in Italien diejenigen, die aus dem Unglück der Menschen bei Naturkatastrophen persönlichen Nutzen ziehen.

Letztlich wirft Di Maio der früheren PD-Regierung und der gesamten

Sozialdemokratie Unfähigkeit vor, die wichtigsten Probleme des Landes, darunter die Infrastruktur, lösen zu können. Die aktuelle Regierung sei jedenfalls die erste, die ohne Bestechlichkeit an die Macht gekommen und daher unantastbar sei. Den praktischen Beweis indes wird sie erst noch erbringen müssen. Bereits jetzt gibt es Zwist im Kabinett, wie mit den Folgen der Katastrophe umzugehen sei.

»Wir bezahlen doch nicht die Autobahngebühr, um dann dort zu sterben.«

Vizepremier und Arbeitsminister Luigi Di Maio (Fünf-Sterne-Bewegung)

Sehr polemisch erklärte Vizepremier Di Maio, man »bezahle nicht die Autobahngebühr, um dann dort zu sterben«. Er warf den Betreibern vor, nur Profit aus dem Betrieb der Fernstraßen zu ziehen, ohne sich um die Wartung zu kümmern. Folge könne nur ein Entzug der Betreiberlizenz für Autostrade sein; der Staat müsse sich nun um den Unterhalt des Autobahnnetzes kümmern. Gegen diesen Ansatz legte Amtskollege und Lega-Chef Matteo Salvini umgehend sein Veto ein. Man müsse erst die staatsanwaltlichen Untersuchungen abwarten, bevor man rechtliche Schritte unternehmen könne, warnte der Innenminister. Zudem dürfte ein Entzug der Betreiberkonzession für den

Staat teuer zu Buche schlagen. Experten geben ihm da recht und schätzen die jährlichen zusätzlichen Kosten auf eine Milliarde Euro.

Seitens Autostrade und Atlantia wehrt man sich gegen die Vorwürfe, man habe das Straßennetz nicht ausreichend kontrolliert. Nach den offengelegten Zahlen habe man im Vorjahr vier Milliarden Euro eingenommen; 2,5 Milliarden seien für Wartungsarbeiten zurückgeflossen. Aktuelle Rekonstruktionsarbeiten an der nun eingestürzten Brücke kosteten 20 Millionen Euro. Die Ermittlungen werden zeigen, welche Verantwortung Autostrade zu übernehmen hat.

Der auch von Regierungschef Giuseppe Conte angekündigte Entzug der Betreiberkonzession dürfte ein schwieriges Unterfangen werden. Der Vertrag mit Atlantia läuft noch bis 2038 (mit einer automatischen vierjährigen Verlängerungsoption). Er ist nach Artikel 9 des Abkommens nur bei »schwerer Verletzung der Aufsichtspflicht« kündbar. Die müsste die Staatsanwaltschaft von Genua erst einmal nachweisen. Zudem müsste der Staat bei Aufkündigung der Konzession zwischen 15 und 20 Milliarden Euro Konventionalstrafe zahlen – selbst, wenn dem Betreiber schwere Mängel vorgeworfen werden könnten, so Rechtsexperten.

So lassen sich die vollmundigen Ankündigungen und Verlautbarungen von Regierungsmitgliedern kaum anders bewerten als Versuche, sich politisch zu profilieren. Weder den Familien der Opfer noch all jenen, die Wohnung und Habe verloren haben, hilft das weiter.

Opposition beschuldigt Erdogan

USA drohen neue Strafen an

Istanbul. Der türkische Oppositionsführer hat Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan für den eskalierenden Streit mit den USA und für die Währungskrise verantwortlich gemacht. Im Fall des wegen Terrorvorwürfen festgehaltenen Pastors Andrew Brunson hätten Erdogan und US-Präsident Donald Trump auf stur geschaltet, sagte Kemal Kilicdaroglu, Chef der größten Oppositionspartei CHP, der Zeitung »Hürriyet« vom Freitag. Die Rechnung zahle nun die türkische Bevölkerung. Die Regierung müsse auf Diplomatie setzen. Eine Wirtschaftskrise sei aber schon vor dem Streit mit den USA absehbar gewesen. Auch Erdogan habe das »sehr genau« gewusst. Deshalb habe er die für November 2019 geplanten Parlaments- und Präsidentenwahlen vorziehen lassen. »Die Regierung will mit der Pastoren-Krise ihre Inkompetenz und Kurzsichtigkeit vertuschen.«

Die USA hatten in der Nacht zum Freitag weitere Sanktionen angekündigt, sollte Brunson nicht zügig freigelassen werden – scharfe Bemerkungen von türkischer Seite blieben diesmal aus. Allerdings hat ein Gericht in Izmir am Freitag erneut die Freilassung des Mannes abgelehnt. Laut Außenminister Mevlüt Cavusoglu könne man die Probleme durchaus »leicht lösen« – aber nicht in der derzeitigen Stimmung. *dpa/nd*

ANZEIGE

Das schönste Denkmal, das ein Mensch bekommen kann, steht in den Herzen der Mitmenschen.
Albert Schweitzer

Wir trauern um unseren Vater, Schwiegervater, Opa, Uropa, Bruder, Schwager, Freund und Genossen

Oberst a.D. Rudolf Liehr

geb. am 17.08.1924 gest. am 01.08.2018

In stiller Trauer
Ronald und Renate Liehr
Ilona und Bernd Brückner
Thomas Liehr, Jan Brückner, Sascha Brückner mit Familien
Hella Günzel
Brigitte Enders

Königs Wusterhausen, im August 2018

Die Trauerfeier mit anschließender Urnenbeisetzung findet am Donnerstag, den 30.08.2018, um 11.00 Uhr auf dem Friedhof Königs Wusterhausen statt.